



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 31831 - 33  
Fernschreiber 0006090

F/XIII/264 - 20. November 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 1a	Das Treffen de Gaulle - Aderauer Perspektiven und Hintergründe	87
2 - 3	Weit über 200 Massenvernichtungswaffen getestet Zu den Konferenzen in Genf Von unserem nach Genf entsandten E.B.K.-Korrespondenten	90
4 - 5	Beispiel Schleswig-Holstein Nicht gehaltene Bundesversprechungen	61
6 - 7	Wahlen in Hessen und in Bayern Um das Schicksal der kleinen Parteien	64

\* \* \*

\* \* \*

### Das Treffen de Gaulle - Adenauer

sp - Der entscheidende Grund für das Treffen de Gaulle - Adenauer am kommenden Mittwoch dürfte der jetzt nach dem vorläufigen Scheitern der Verhandlungen über das Zustandekommen einer Freihandelszone zutage getretene Konflikt im "europäischen Lager" sein. Französische Informationen zufolge soll bei dem bevorstehenden Gespräch zwischen Adenauer und de Gaulle aber auch der gesamte Komplex "Wirtschaftssituation Europas" erörtert werden.

Es ist jetzt sicher, daß Frankreichs relativ günstige wirtschaftliche Situation als künstlich gewertet werden muß und daß mit dem Inkrafttreten des Gemeinsamen Marktes Probleme auftreten würden, die nicht mehr im Rahmen des französischen Wirtschaftsraumes selbst gelöst werden können. Die große französische Abendzeitung "Paris-Presse" drückt das vornehm wie folgt aus:

"Frankreich ist in einer schwierigeren Situation als sein deutscher Partner. Angesichts seiner Zahlungsbilanz und des Niveaus seiner Inlandspreise bedeutet der Beginn des Gemeinsamen Marktes für Frankreich eine schwierige Probe. Hinter dem wirtschaftlichen Problem der Öffnung der Grenzen steht ein viel größeres politisches Problem. Es gibt aber auch das Problem der inneren Finanzpolitik Frankreichs".

Das ist ein Wink mit dem Zaunpfahl an die Adresse Bonn. Er bedeutet soviel wie: Helft uns finanziell, dann werden wir die gemeinsame europäische Wirtschaftspolitik weiter unterstützen.

Für Adenauer ergibt sich also die Frage, ob er Frankreichs auf die Wiederherstellung seiner Größe und die Erhaltung seines Imperiums ausgerichtete Politik mit barem Geld finanzieren soll, oder nicht. Das ist die einfachste Formel, auf die man die Vorbereitungen auf das Gespräch de Gaulle - Adenauer bringen könnte. Wenn man aber von der französischen Politik redet, muß man sich darüber im Klaren sein, daß dies auch die Problematik des Algerien-Krieges mit seinen immensen Kosten beinhaltet. De Gaulle wird von den hinter ihm stehenden Finanzgewaltigen der französischen Wirtschaft gedrängt, den Algerien-Krieg so oder so zu beenden. Die französische Wirtschaft hält diesen Krieg einfach nicht

mehr aus, und seitdem entscheidende französische und muslimische Finanziere ihr Kapital zu einem großen Teil bereits seit mehr als einem Jahre aus Nordafrika nach Frankreich und in die Schweiz transferieren, ist eigentlich nur noch das "nationale Prestige" Frankreichs der Motor für die Fortsetzung des Algerien-Krieges.

De Gaulle ist jedoch viel zu klug, um nicht zu wissen, daß bei Fortsetzung des Algerien-Krieges das Sahara-Öl nicht aktiviert werden kann, und daß mit jedem Tag, den dieser Krieg noch dauert, die Chancen für die Realisierung des "Gemeinsamen Marktes" sinken. Er steht also vor einem echten Dilemma und muß, wenn er im europäischen Spiel bleiben will, die materielle Hilfe anderer europäischer Staaten, zum Beispiel der Bundesrepublik, mindestens zur Diskussion stellen.

In Washington beobachtet man diese Entwicklung mit äußerster Besorgnis. Dort wird befürchtet, daß sich eine Art klein-europäische Gemeinschaft - etwa das frühere Reich der Karolinger umfassend - als selbständige wirtschaftlich und politisch agierende Kraft entwickelt, die in nur loser Verbindung mit denjenigen europäischen Staaten steht, die nicht unmittelbar zum Gemeinsamen Markt gehören. Englands Pläne für eine Freihandelszone waren von dem Wunsch diktiert, Nachteile für die Wirtschaft des britischen Commonwealth zu vermeiden. Wenn nun Frankreich und die Bundesrepublik im Alleingang bleiben, befürchtet man in Washington politische Rückwirkungen auf das Verhältnis dieser beiden Länder zu den anderen Staaten Europas. Unter diesem Gesichtswinkel beurteilt man in London auch das Treffen Adenauer - de Gaulle. Man kommentiert es kühl und zurückhaltend, läßt dabei jedoch die Hoffnung durchblicken, daß die Vereinigten Staaten in letzter Minute auf Adenauer einwirken, um diesen zu einer Haltung zu bewegen, die in der jetzt entstandenen Krisensituation gewissermaßen eine Brücke zwischen Paris und London werden könnte.

Daß bei dem Treffen Adenauer - de Gaulle auch rein politische und militärische Fragen auf der Tagesordnung stehen werden, gilt als sicher.

Noch immer ist zwischen Paris und Bonn die Frage einer NATO-Führungsspitze offen. Man hat zwar in den letzten Tagen nicht mehr viel darüber gehört, ist jedoch in den Außenministerien beider Staaten nach wie vor damit beschäftigt, das Für und Wider zu de Gaulle's Vorschlag abzuwägen.

Weit über 200 Massenvernichtungswaffen getestet

Von unserem nach Genf entsandten E.E. K.-Korrespondenten

Etwa 242 Plutonium-, Uran- und Wasserstoffbomben sind seit dem 6. August 1945 erprobt worden. In Genf tagen seit zwei Wochen die Vertreter und Experten der Atom-mächte. Ihre Beratungen sind festgefahren. Unterdessen wird das Gewicht der Standard-Plutoniumbombe zum ersten Mal bekannt, das Erwin Erasmus Kock in seinem Buch "Die neuen Götter" (Dr. L. Muth Verlag, Düsseldorf) be-kannt gibt. Unsere Ausführungen befassen sich mit den Aspekten von Genf und dem "Frieden der Wasserstoffbomben".

"Wir haben es herrlich weit gebracht", so erklärte uns vor wenigen Tagen in bitterer Ironie Professor Fritz Strassmann, der mit Otto Hahn zusammen am 18. Dezember 1938, also vor rund zwanzig Jahren, das Phänomen der Kernspaltung entdeckte. Diese unvermutete, rein wissenschaftliche Entdeckung war der Anfang einer Entwicklung, von der niemand weiss, wohin wir in ihrer folgenschweren Fortführung noch treiben werden. In Genf, im "Palais des Nations," haben sich seit dem 31. Oktober die Vertreter des exklusiven Atomklubs, der USA, Grossbritanniens und der Sowjetunion, hinter den schalldichten Türen des Sitzungssaals Nummer 8 versammelt, um untereinander auszuhandeln, ob es möglich sein kann, die Menschheit vor einer Entfesselung des Infernos in Technicolor, dem atomaren Chaos, zu bewahren. Aber fast zwei Wochen redeten die Partner aufeinander ein und brachten es nicht einmal fertig, sich zumindest auf eine Tagesordnung zu einigen.

Nachdem diese Konferenz derart festgefahren war, begann eine andere Tagung mit dem grandiosen Aufgebot von rund hundert Militärexperten, Wissenschaftlern und politischen Ratgebern beider Lager, von West und Ost. Es sollen Fragen des Schutzes vor Überraschungsangriffen beraten werden, rein technische Fragen nach Ansicht der Amerikaner, die keineswegs durch die Sowjets geteilt wird. Die von Moskau nach Genf gereisten Vertreter der Russen stellen grundlegende politische Forderungen auf: eine weitgehende atomare Abrüstung, sogar "die vollständige Vernichtung aller Atomwaffenvor-räte", und zugleich den Verzicht des Westens auf seine militärischen Stützpunkte im Ausland. Diese Konferenz begann also mit gegenseitigen Erklärungen über gegenseitige, wie es scheint, unüberbrückbare Ansichten. Was der eine will, wünscht der andere auf keinen Fall. Eine hoffnungslose Sache, so könnte man meinen, aber vielleicht kommen die erhitzten Gemüter auf Genfer Parkett trotzdem zu einer Annäherung. Man mag diese Möglichkeit mit einigem Recht bezweifeln, aber sie bleibt zunächst noch offen.

Die Konferenzen in Genf können durchaus das Schicksal der Menschheit mit dem verheerenden Aspekt entscheiden, dass eines Tages doch die Wasserstoffbomben, der "gesalzenen", "gepfefferten" und angeblich "sauberen" Kategorien angewendet werden. Wir haben es in der

Tat weit gebracht. Seit dem Jahre 1945, seit der unglückseligen Stunde um genau 9,15 Uhr am 6. August, die über Hiroshima das Inferno auslöste, sind rund 242 Plutonium - Uran - und Hydrogeniumwaffen "getestet", also auf ihre Verwendungsfähigkeit zur Vernichtung ganzer Bevölkerungen geprüft worden, und da wir das Wort "Waffen" gebrauchten, haben wir uns einer begrifflichen Nachlässigkeit schuldig gemacht. Denn diese "Waffen", die Höllenbomben, sind keine Waffen, keine Instrumente der Wehr, sondern perfekte Massen-Ausrottungsmittel der gleichen Art, wie man von Ungezielfernichtungsmitteln sprechen kann. In der Statistik von 242 dieser Tests liegt ein dubioser Posten. Die Sowjets behaupten nämlich, dass die Amerikaner in der Zeit vom 28. April bis zum 26. Juli 1958 genau 32 Kernexplosionen auslösten, während die Amerikaner diese Vielzahl entschieden in Abrede stellten. Vielleicht trifft daher ein Mittel von etwa 225 nuklearer Bombentests zu.

Sie schliessen jede Art der nach Mega- und Kilotonnen gemessenen Ausrottungsmittel ein; sie werden nach Millionen- und Tausentonnen-Einheiten des furchtbarsten konventionellen Sprengstoffs, des Trinitrotoluols, berechnet. Über ihr Gewicht, das bisher zu den "top secrets" gehörte, ist einiges trotz aller Geheimhaltung bekannt geworden. Die "S - 1", die Standard-Bombe, die am 6. August 1945 mehr als 300 000 Opfer forderte, wiegt genau fünf Tonnen, ein sehr erhebliches Gewicht, das durch den "Tamper" verursacht wird, dessen Zweck darin besteht, den Explosionskern so lange wie möglich zusammenzuhalten und möglichst wenig Neutronen entweichen zu lassen, damit die explosive Kettenreaktion gedeihlich zur Auswirkung kommt. Eine Hydrogeniumbombe muss demnach zumindest ein vier- bis fünffaches Gewicht haben, je nach der Zahl der in ihr als Initialzündler verwendeten Plutoniumbomben. Es gelang zudem der Waffentechnik, die kritischen Massen wesentlich zu verringern und Granaten zu schaffen, die sich mittels besonders konstruierter Gewehre abfeuern lassen.

Von diesen Monstern, deren weitere Charakteristika hier aufzählen uns versagt sein muss, sind also weit über 200 Exemplare mit den unbestreitbaren Folgen sicher über die ganze Erde verbreiteten, radioaktiven Ausschüttung erprobt worden. Die Wissenschaftler stellen, selbst entsetzt, von Monat zu Monat, von Jahr zu Jahr, fest, dass der "Strontium 90-Spiegel" steigt, dass immer mehr radioaktiver Kohlenstoff über uns schwebt, dessen beständige Zunahme schliesslich die Daseinsbedingungen auf der Erde zerstören muss.

Die Drei des Atomklubs betauern zwar, dass sie sich aller Gefahren bewusst seien, aber ungeachtet dieser Beleuchtung konnten sie sich nicht einmal über die Tagesordnung der Beratungen zur Einstellung ihrer Vernichtungstests einigen.

### Beispiel Schleswig-Holstein

mu. Schleswig-Holstein erlebt in diesen Wochen, was es von den Wahlversprechungen zu halten hat, mit denen Bundesminister aller Art vor der Landtagswahl am 28. September im Norden durch das Land reisten. Damals versicherte vor allem Bundesfinanzminister Etzel, dass Kürzungen an finanziellen Bundeszuweisungen für das finanzschwache Schleswig-Holstein auch künftig nicht erfolgen werden. Andere Kabinettskollegen, darunter Bundesminister Lindrath, setzten sich für die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung ein, als sich vor der Wahl bereits die ersten Entlassungen ankündigten.

Wenn man diese Wahlversprechungen den gegenwärtigen Tatsachen in Schleswig-Holstein gegenüberstellt, so möchte man die Bayern, Hessen und Westberliner öffentlich davor warnen, an gleichartige Versprechungen seitens des Bundeskabinetts zu glauben. Am Tage nach der Wahl sieht immer alles ganz anders aus und dann kommt es auf das Verhandlungsgeschick und die politische Stärke eines Landeskabinetts an, um das Beste besonders aus dem Bundeshaushalt für die Länder herauszuholen. Dass aber politisch gleichgeschaltete Länderregierungen das am wenigsten vermögen, zeigt sich gleichfalls in diesen Wochen im Norden.

Im Entwurf des neuen Bundeshaushaltplanes, der jetzt im Bundesrat behandelt werden soll, will die Bundesregierung Schleswig-Holstein nur noch 20 Millionen statt der in den Vorjahren gegebenen 70 Millionen gewähren. Dabei sind die 45 Millionen DM für den Aufbau von Wirtschafts- und Arbeitsplätzen gestrichen worden. Die Zuschüsse hat man von 25 auf 20 Millionen reduziert und aus dem Fonds für regionale Hilfsmassnahmen wird es wohl nur noch 15 statt 17 Millionen geben, wenn der Entwurf des Bundesfinanzministers zum Tragen kommt.

Dabei hat gerade im gegenwärtigen Zeitabschnitt die Wirtschaft nichts nötiger als Rationalisierungs- und Aufbauhilfen, um billiger und vielseitiger produzieren und damit die angelaufenen Massenentlastungen abfangen zu können. Man kann die Entwicklung in einigen

schleswig-holsteinischen Industriezweigen als krisenhaft bezeichnen. Dabei ist es in den 13 Jahren nach Kriegsende im Norden immer noch nicht gelungen, zu einer Vollbeschäftigung zu kommen, wie wir sie sonst im Bundesgebiet - jedenfalls zum grössten Teil - seit längerer Zeit kennen.

Zu einem Zeitpunkt, da sonst die höchsten Beschäftigungsspitzen im Jahr erreicht werden, ist in Schleswig-Holstein ein Beschäftigungsrückgang eingetreten, der im August 2,7 und im September bereits 3,5 Prozent der beschäftigten Arbeitnehmer ausmachte. Bei den Mittel- und Kleinschiffswerften hat es Massenentlassungen und Konkurse gegeben und auch in den Reparaturabteilungen der Grosswerften steht es nicht zum Besten. Motoren- und Dieselmotorenfabriken stehen gleichfalls vor neuen Massenentlassungen.

Kurzarbeit und Kündigungen bestimmen das Bild in vielen Textilbetrieben. Zum 1. Januar will sogar eine hochmoderne Strumpffabrik 200 von 290 Beschäftigten zu den Stempelstellen schicken. Die 19 Betriebe der Lederindustrie des Landes erzielten von Juni bis August im Vorjahr noch einen Umsatz von 25 Millionen. Er ist im gleichen Zeitraum dieses Jahres auf unter 19 Millionen abgefallen.

Regierungssprecher haben versichert, dass durch die möglichen Mindereinnahmen aus Bonn das grosse landwirtschaftliche Förderungsprogramm Nord und der Wohnungsbau nicht geschmälert werden sollen. Man möchte auf den öffentlichen Finanzmarkt gehen. Das bedeutet jedoch 2 1/2 bis drei Prozent mehr Zinsen bei kürzeren Laufzeiten gemessen an den Bundeskrediten. Die Folgen sind hier höhere Belastungen für flurbereinigte Höfe und noch grössere Mieten.

Wie allerdings den gefährdeten Industriezweigen geholfen werden soll, ist noch nicht abzusehen. Wenn Bonn da nicht nachdrücklich einspringt, wird Schleswig-Holstein, das immer noch nicht bundesdurchschnittliche Lebensverhältnisse erreicht hat, den Weg zu einem Notstandgebiet gehen.

### Wahlen in Hessen und in Bayern

sp - Die Bevölkerung von Bayern und Hessen wählt am kommenden Sonntag die Vertreter zu den Landtagen. So verschieden auch die beiden Länder an Größe, wirtschaftlicher Leistungskraft, konfessioneller Zusammensetzung und an Temperament ihrer Bewohner sein mögen, so haben diese Wahlen doch eines gemeinsam: Bei ihnen wird sich entscheiden, ob den Parteien außerhalb der CDU und SPD noch einige Lebenskraft innewohnt, die sie zu einer Vertretung in den Landtagen befähigt. Wird sich der Zug zum Zweiparteiensystem, der den letzten Bundestagswahlen sein beherrschendes Gepräge gab, anhalten, sich verstärken oder abschwächen? Die Chancen sind für die kleinen Parteien, wie FDP und BHE und Bayernpartei nicht groß, sie laufen Gefahr, zwischen SPD und CDU (in Bayern CSU) zerrieben zu werden. Allerdings sind auch Überraschungen möglich, wie Schleswig-Holstein bewies. Dort sprangen, wenn auch mit äußerster Not, die FDP und der BHE noch einmal über die Hürde.

Hessen, obwohl an Bevölkerungszahl und Flächeninhalt wesentlich kleiner als sein südlicher Nachbar Bayern, beansprucht diesmal das Hauptinteresse. Hier setzte die CDU unter Führung Adenauers zum Hauptsturm gegen die Bastion des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Zinn an, jenes Mannes, der es als langjähriger und beliebter Ministerpräsident verstand, aus Hessen das Land mit der besten Schulgesetzgebung und der gelungensten Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen zu machen. Zinn legte stets Wert auf eine gute Zusammenarbeit mit der Opposition, vor allem mit der CDU. So sind von den 82 Gesetzen, mit denen sich der hessische Landtag seit dem Beginn der Legislaturperiode zu befassen hatte, 60 mit Zustimmung aller Fraktionen und nur sieben mit den Stimmen der Regierungsparteien (SPD/BHE) gegen die Stimmen der Opposition, der Rest mit wechselnden Mehrheiten oder bei Stimmenthaltung der Opposition oder wenigstens einer Oppositionspartei angenommen worden. Das war, wie Zinn bemerkte, nicht die Folge schlechter Kompromisse, unter denen die Sache zu leiden hatte, sondern das Ergebnis des Abwägens und gegenseitigen Überzeugens. Unter seiner tatkräftigen, auf das Praktische, zu Verwirklichende gerichtete und doch der

Zukunft zugewandten Führung verwandelte sich Hessen in ein festes Bollwerk gegen Unrecht und Willkür, in ein Muster für ein auf sozialer Ausgleich und gesunden Fortschritt bedachtes Gesamtdeutschland.

In seinen provozierenden Wahlreden verlangte Bundeskanzler Adenauer mehr "Bundesstreue" von Hessen, als ob es Hessen und seine bewährte Führung an dieser mangeln ließe! Was der CDU-Chef durch seine wüsten Unterstellungen erreichen will, ist nicht mehr und nicht weniger als die volle Gleichschaltung eines Landes, das bisher nicht im Kielwasser der CDU segelte, aber dafür ein hohes Maß an Eigeninitiative entwickelte und auf schulischem Gebiet - Hessen war das erste Land, das die Schulgeldfreiheit einführte - Leistungen wie kaum ein anderes Bundesland aufzuweisen hat.

In Hessen gibt es keine Trennung der Konfessionen, weder in den Schulen, noch bei den Behörden. Hessen hat das fortschrittlichste Pressegesetz der Bundesrepublik - und die Einrichtung der Dorfgemeinschaftshäuser - eine wahre Wohltat für die geplagte Landbevölkerung. Die Lösung der SPD lautet: Hessen darf sich nicht von dem Bonner Basilus infizieren lassen. Diese Lösung wird ihre Wirkungskraft nicht verfehlen.

Auch in Bayern spielte sich der Hauptkampf um die neue Zusammensetzung des Landtages zwischen der CSU und SPD ab. Die SPD sieht mit großer Zuversicht dem Wahlausgang entgegen, hat sie es doch unter der seinerzeitigen, nach den Bundestagswahlen gestürzten Ministerpräsidentenschaft Hoegners verstanden, dem Lande unverwischbare Züge aufzudrücken. Sie besorgte den ersten Kernreaktor in der Bundesrepublik, richtete für den Nobelpreisträger Prof. Heisenberg das neue Planck-Institut für Physik und Astro-Physik in München ein, traf mit dem Bund ein Abkommen über die Bildung eines Wissenschaftsrates, verwirklichte ein Wohnprogramm von 10 000 Wohnungen für Kinderheimkinder, förderte den technischen Nachwuchs und entwarf ein Straßenbauprogramm, das richtungweisend ist. Hoegner lieferte den Beweis, daß Bayern - zu seinem Wohle - auch ohne CSU regiert werden kann.

+ + +